



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 09/20 • 27.02.2020



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der

Europäischen Union

80

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

im Rahmen des Sondergipfels zum EU-Haushalt für die nächsten sieben Jahre konnten die Staats- und Regierungschefs letzte Woche vorerst keine Einigung erzielen. Nach intensiven Verhandlungen über zwei Tage wurde deutlich, dass die Differenzen unter den 27 EU-Mitgliedsstaaten noch zu groß sind und mehr Zeit benötigt wird.

Nach dem Gipfel ist vor dem Gipfel: EU-Ratspräsident Charles Michel konsultiert diese Woche mit den EU-Spitzen, wie rasch eine Einigung auf das nächste langjährige EU-Budget erzielt werden kann. Noch wurde kein neuer Termin für einen Europäischen Rat festgelegt.

Die Zeit drängt allerdings. Eine verspätete Einigung könnte – wie bereits im derzeit laufenden Haushaltszyklus im Jahr 2014 geschehen – zu einem verspäteten Start der EU-Förderprogramme führen, was auch Sachsen-Anhalt empfindlich treffen würde. Ein solch verlorenes Haushaltsjahr kann im Lichte der Herausforderungen, vor denen Europa steht, in niemandes Interesse liegen.

Mit besten Grüßen

Daniel Wentzlaff
Stellvertretender Leiter der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT
Wentzlaff

Wentzlaff

Wentzlaff



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Keine Einigung zum EU-Haushalt 2021-2027	
• Opferrechte: Kommission kündigt neue Strategie an	
• Studie zu verantwortungsvollen Lieferketten	
• Partnerschaft EU-UK: EU27 erteilen Kommission Verhandlungsmandat	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	8
• EU stellt Maßnahmen im Kampf gegen Coronavirus bereit	
• EU-Rat Bildung, Jugend, Kultur und Sport	
• Kommission startet öffentliche Konsultation zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen	
• Wirtschaftliche und soziale Lage in der EU: Mitgliedstaaten müssen Reformweg fortsetzen	
<u>Was, wann, wo</u>	12
• 18th European Week of Regions and Cities	
• EU Green Week 2020 – 1.-5. Juni	
<u>Ausschreibungen</u>	14
• Teilnehmende für Studienreise in die Partnerregion Masowien gesucht	
<u>Kontaktbörse</u>	15
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	19
• Tipp –	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	21
<u>Impressum</u>	22



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Keine Einigung zum EU-Haushalt 2021-2027

Die 27 EU-Mitgliedsstaaten haben auf dem Sondergipfel zum Europäischen Rat am 20./21. Februar in Brüssel keine Einigung über den EU-Finanzrahmen für die nächsten sieben Jahre (2021-2027) gefunden. Bundeskanzlerin Angela Merkel merkte anschließend an, es habe sich gezeigt, dass die Differenzen der 27 EU-Staaten zu groß seien, um jetzt noch weiter zu verhandeln. Deshalb habe man den Gipfel abgebrochen. Über den Zeitpunkt der Fortsetzung werde nun EU-Ratspräsident Charles Michel entscheiden.

Grundlage der Haushaltsberatungen war die Charles Michel am 14. Februar vorgelegte Verhandlungsbox gewesen, die einen Beitrag 1,074 % der EU-Wirtschaftsleistung als Beitrag für den EU-Haushalt vorsah. Dieser Vorschlag fand große Kritik unter den EU-Mitgliedsstaaten, die sich in zwei Lager aufteilen: Auf der einen Seite Dänemark, die Niederlande, Österreich und Schweden als die sogenannten „sparsamen Vier“ (engl. „Frugal Four“), die das Budget keinesfalls auf mehr als ein Prozent der EU-Wirtschaftsleistung anheben wollen. Auf der anderen Seite die „Freunde der Kohäsion“, also jene 17 Länder aus Süd- und Mittelosteuropa (unter anderem Griechenland, Italien, Polen, Portugal, Tschechien, Ungarn), die stark von den EU-Strukturfonds profitieren und mehr Geld fordern, als bisher im Haushaltsvorschlag enthalten ist. Sie verlangen 1,3 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung. Dazwischen treten Deutschland und Frankreich auf, die ihrerseits miteinander über einzelne Punkte des Haushalts (unter anderem die bestehenden Rabatte für einige Nettozahler) streiten.

Die Prioritäten der Bundesregierung waren vor Beginn der Verhandlungen nochmals von der Bundeskanzlerin formuliert worden:

1. Finanzielle Balance in der Gruppe der Nettozahler herstellen;
2. Weitere Unterstützung der ostdeutschen Bundesländer im Rahmen der Kohäsionspolitik;
3. Modernisierung des Gesamthaushalts mit mehr Geld für Zukunftsausgaben: Investitionen in Forschung und Entwicklung, für den Außengrenzschutz und zur Bewältigung der Migration.

Völlig ungeklärt sind zudem weitere Punkte, so zum Beispiel die zukünftig geplante Kopplung der Auszahlung von EU-Hilfen an die Rechtsstaatlichkeit in den Empfängerländern oder die Aufnahme neuer Eigenmittel in den EU-Haushalt, die unter anderem aus einer Steuer auf nicht-recycelte Plastikabfälle und möglichen Überschüssen aus dem europäischen Emissionshandel stammen sollen.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mahnte im Anschluss den Europäischen Rat zu Eile. „Wir müssen weiterhin am Ball bleiben und die Arbeit geht ungebrochen weiter“, sagte von der Leyen bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Ratspräsident Charles Michel. Wenn es bis Ende des Jahres keine Einigung des Rates, dann zwischen Rat und Parlament und schließlich auf die einzelnen Programme gebe, „dann wird es im Jahr 2021 zunächst keinen Haushalt geben – das heißt kein Erasmus-Programm, keine Forschungsmittel, keine Mittel für Entwicklung der Regionen oder Grenzschutz“.

Präsident Charles Michel wird die EU-Führungsspitzen nun konsultieren, wie die Dinge voran gebracht werden können. Ein neuer Termin für einen Folgegipfel wurde bisher nicht vereinbart. • *dw*



Opferrechte: Kommission kündigt neue Strategie an

Anlässlich des Europäischen Tages der Opfer von Straftaten am 22. Februar haben EU-Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová und EU-Justizkommissar Didier Reynders eine neue Strategie für Opferrechte angekündigt. „Erst gestern mussten wir wieder die Opfer eines abscheulichen Verbrechens betrauern, diesmal in Hanau. Lassen Sie uns ganz klar sein: Rassismus und Fremdenfeindlichkeit haben in Europa keinen Platz. Wir stehen fest gegen all jene, die unsere Gesellschaften durch Hass und Gewalt spalten wollen“, betonten Jourová und Reynders in einer gemeinsamen Erklärung. „Es gibt immer noch zu viele Opfer, deren Rechte nicht gleichermaßen garantiert sind, wenn ein Verbrechen in einem anderen EU-Land als ihrem eigenen geschieht. Alle EU-Bürger verdienen gleiche Rechte, unabhängig davon, wo in der EU sie Opfer einer Straftat werden. Wir arbeiten derzeit an einer neuen Strategie, um sicherzustellen, dass dies Wirklichkeit wird“.

Die Kommission kündigte an, die neue Strategie für Opferrechte von 2020-2024 im Juni dieses Jahres vorzulegen. Die Strategie soll sich auf die Stärkung der Zusammenarbeit und Koordination zwischen den nationalen Behörden, die Verbesserung des Schutzes und der Unterstützung der Opfer und die Erleichterung des Zugangs zu Entschädigungen konzentrieren.

In der gemeinsamen Erklärung erinnerten Vizepräsidentin Jourová und Kommissar Reynders an die 75 Millionen Menschen, die in Europa jedes Jahr Opfer einer Straftat werden, und betonten: „Opfer von Straftaten leiden oft an einem körperlichen oder psychischen Trauma oder beidem und brauchen viel Unterstützung und Fürsorge. Am wichtigsten ist, dass sie Schutz und ein sicheres Umfeld erhalten, um über das Verbrechen zu sprechen, ohne Angst vor Vergeltungsmaßnahmen seitens der Täter. Die EU verfügt über starke Opferrechte. Wir stellen sicher, dass Opfer von Verbrechen die notwendige Unterstützung und den notwendigen Schutz erhalten. Dies ist eine große Errungenschaft. Aber wir wollen noch mehr erreichen und sollten uns nicht darauf beschränken.“ • *ah Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Vollständiges Statement \(auf Englisch\)](#)

[Die Opferschutzrichtlinie](#)

[Website der Kommission zum Opferschutz](#)

Studie zu verantwortungsvollen Lieferketten

Nur jedes dritte Unternehmen in der EU prüft ihre globalen Lieferketten sorgfältig mit Blick auf Menschenrechte und Umweltauswirkungen. Das ergibt eine am 24. Februar von der EU-Kommission veröffentlichte Studie, die Regulierungsoptionen für Sorgfaltspflichten in der Lieferkette untersucht. „Unternehmen haben uns gesagt, dass sie glauben, dass EU-Vorschriften hier für Rechtssicherheit und einen harmonisierten Standard für die Pflicht der Unternehmen sorgen würden, um Menschen und den Planeten zu respektieren. Da die Arbeit für Klimaneutralität zu den obersten Prioritäten dieser Kommission gehört, werde ich dafür sorgen, dass die Ergebnisse dieser wichtigen Studie bei der künftigen Arbeit berücksichtigt werden“, so EU-Justizkommissar Didier Reynders.



Due Diligence heißt in diesem Zusammenhang, dass ein Unternehmen seine Lieferanten und Betriebe überprüft, um sicherzustellen, dass es „keinen Schaden“ anrichtet. Es könnte bedeuten, dass ein Unternehmen überprüfen muss, ob seine Lieferanten keine Kinderarbeit einsetzen oder ob sie keine Abfallprodukte in die Flüsse schütten. 70 Prozent der 334 Befragten der Unternehmensumfrage stimmten zu, dass eine Regelung auf EU-Ebene über eine allgemeine Sorgfaltspflicht bei der Prüfung von Menschenrechten und Umweltauswirkungen Vorteile für die Unternehmen bringen könnte.

Die veröffentlichte Studie wurde im Dezember 2018 als Teil des [Aktionsplans der Kommission für ein nachhaltiges Finanzwesen](#) lanciert.

Diese Studie unterstreicht auch die Ziele des europäischen Grünen Deals. Demnach sollte Nachhaltigkeit stärker in die Corporate-Governance-Regeln in der EU eingebettet werden, da sich viele Unternehmen im Vergleich zu ihren langfristigen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsaspekten zu sehr auf die kurzfristige finanzielle Performance fokussieren.

• *ah Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Partnerschaft EU-UK: EU27 erteilen Kommission Verhandlungsmandat

Die Europäische Kommission hat die Entscheidung der EU-Mitgliedstaaten begrüßt, die Eröffnung von Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich über die künftige Partnerschaft zu billigen. Sie hatten den von der Kommission vorgeschlagenen Verhandlungsrichtlinien am 25. Februar 2020 zugestimmt. Die förmlichen Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich sollten damit in der kommenden Woche beginnen.

In den umfassenden Verhandlungsrichtlinien werden Umfang und Bedingungen der künftigen Partnerschaft, die die Europäische Union mit dem Vereinigten Königreich einzugehen plant, festgelegt. Diese Richtlinien decken alle Bereiche ab, die für die Verhandlungen von Interesse sind, darunter Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Strafverfolgung und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigung, Teilnahme an Unionsprogrammen und andere thematische Bereiche der Zusammenarbeit. Ein eigenes Kapitel zur Governance enthält einen Überblick über einen allgemeinen Steuerungsrahmen, der alle Bereiche der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit umfasst.

Die Verhandlungsrichtlinien stehen vollständig im Einklang mit den bestehenden Leitlinien und Schlussfolgerungen des Europäischen Rates sowie der politischen Erklärung der EU und des Vereinigten Königreichs vom Oktober 2019.

Als Verhandlungsführerin der EU beabsichtigt die Kommission, die Arbeiten in enger Abstimmung mit dem Rat und seinen Vorbereitungsgremien sowie mit dem Europäischen Parlament weiterzuführen, ebenso wie bereits während der Verhandlungen für das Austrittsabkommen.



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am 26. Februar ihren Vizepräsidenten für interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau, Maroš Šefčovič, zum Vertreter der EU im Gemeinsamen Ausschuss von EU und Vereinigtem Königreich ernannt. Er wird Ko-Vorsitzender des Gremiums sein, das durch das [Austrittsabkommen](#) geschaffen wurde und aus Mitgliedern beider Partner zusammengesetzt sein wird. Hauptaufgabe des Ausschusses ist es, die ordnungsgemäße Anwendung des Abkommens zu überwachen. Er soll auch einen Mechanismus erarbeiten, um mögliche Streitigkeiten über seine Auslegung beizulegen. Vizepräsident Šefčovič wird in enger Abstimmung mit dem EU-Chefunterhändler für den Brexit, Michel Barnier, und der Task Force für die Beziehungen zum Vereinigten Königreich arbeiten. Die erste Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses soll noch vor Ende März stattfinden. • *lb Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) und [hier](#).



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

EU stellt Maßnahmen im Kampf gegen Coronavirus bereit

Um die Verbreitung des Coronavirus COVID-19 einzudämmen ruft die EU-Kommission die Mitgliedstaaten zu koordiniertem und verhältnismäßigem Handeln auf. „Da die Zahl der Fälle weiter steigt, hat die öffentliche Gesundheit oberste Priorität.“, so EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen. Ein neues Finanzpaket über 232 Mio. Euro soll deshalb die internationale Gemeinschaft in der Bekämpfung des Virus unterstützen. Die EU-Fördermittel sollen dazu beitragen, die Krankheit zu erkennen und zu diagnostizieren, infizierte Menschen zu versorgen und eine weitere Übertragung in dieser kritischen Zeit zu verhindern. Zudem reiste am 25.02.2020 eine Expertenmission des Europäischen Zentrums für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und der Weltgesundheitsorganisation nach Italien, um dort die italienischen Behörden zu unterstützen. Nach Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement, sollen die „von den Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung und Begrenzung der weiteren Verbreitung von COVID-19 (...) in erster Linie auf Risikobewertungen und wissenschaftlichen Gutachten beruhen, verhältnismäßig bleiben und mit anderen Mitgliedstaaten koordiniert werden. Wir geben den Mitgliedstaaten (...) Leitlinien an die Hand, Grenzkontrollen sind derzeit nicht Bestandteil dieser Leitlinien.“

EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides unterstrich, dass der Austausch von Echtzeit-Information wichtig sei. Nach dem Treffen der Expertenmission in Italien sagte sie zudem: „Wir haben die EU-Staaten aufgefordert, ihre Pandemiepläne sowie die Kapazitäten ihrer Gesundheitswesen zu überprüfen, einschließlich der Kapazitäten für Diagnose, Laboruntersuchungen und Verfahren zur Ermittlung von Kontaktpersonen.“ Die EU-Länder sollten diese Informationen im Sinne der Sicherheit aller bereitstellen. Sie warnte jedoch auch vor Panik und Desinformation rund um COVID-19.

Die Kommission werde einheitliche Information für Reisende erstellen, die aus Risikogebieten zurückkehren oder dorthin reisen. Zudem soll ein gemeinsames Beschaffungsverfahren geschaffen werden, um bei Bedarf den Zugang zu persönlicher Schutzausrüstung in den EU-Mitgliedstaaten zu unterstützen.

• *kg, lb Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) und [hier](#).

EU-Rat Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Die Bildungsminister haben am 20. Februar 2020 u.a. eine Entschließung zur allgemeinen und beruflichen Bildung im Rahmen des Europäischen Semesters angenommen und eine öffentliche Debatte über das Thema „Brain Circulation“ geführt.

Allgemeine und berufliche Bildung wird von entscheidender Bedeutung für nachhaltiges Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in der Zukunft sein. Sie entspricht nicht



nur den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes, sondern ermöglicht auch die persönliche Entfaltung, den sozialen Zusammenhalt und Gesellschaften ohne Ausgrenzung. Im Rahmen des Europäischen Semesters wurde den Herausforderungen und Zielen im Zusammenhang mit der allgemeinen und beruflichen Bildung mehr Aufmerksamkeit geschenkt, was sich in einer größeren Zahl entsprechender länderspezifischer Empfehlungen widerspiegelt. Die angenommene EntschlieÙung soll diese Praxis festigen und dafür sorgen, dass die allgemeine und berufliche Bildung noch umfassender in das Europäische Semester einbezogen wird.

AuÙerdem wurden in einer öffentlichen Orientierungsaussprache diskutiert, wie man „Brain Circulation“, also eine zirkuläre Wanderung Hochqualifizierter in der EU, erreichen kann. Sie ist Voraussetzung für die ausgewogene Entwicklung und den Zusammenhalt der verschiedenen Regionen und Länder der EU. Auf der anderen Seite können unausgewogene Wanderungsbewegungen bei Fachkräften innerhalb Europas dazu führen, dass Humankapital in großem Umfang in Form von Wissensvergeudung (Brain Waste) oder Abwanderung von Qualifizierten (Brain Drain) verloren geht.

Die Bildungsminister waren sich einig, dass Europa als Ganzes attraktiver werden müsse, um talentierte und fähige Menschen zu halten oder anzuziehen. Sie betonten, dass die Frage der „Brain Circulation“ nicht nur durch den Bildungssektor angegangen werden könne, sondern dass auch die Demographie und die Besonderheiten des Arbeitsmarktes berücksichtigt werden müssten.

Mögliche Maßnahmen wurden genannt: automatische gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen und Qualifikationen, gleicher Lohn für Forscher, nationale Pläne für die Wiedereingliederung junger Forscher, gezielter Einsatz von EU-Fördermitteln und –Programmen wie Erasmus+, Horizon Europe, etc. • *ah Quelle PM Rat*

9

Mehr Informationen zur Tagung des Bildungsrates finden Sie [hier](#) und [hier](#).

Kommission startet öffentliche Konsultation zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Für die Ausrichtung der EU-Wirtschaft auf eine nachhaltige Zukunft werden Unternehmen und Finanzinstitute mit ihren Klima- und Umweltdaten offener umgehen müssen, damit die Anleger umfassend über die Nachhaltigkeit ihrer Investitionen informiert sind. Die Kommission hat am 20.02.2020 eine öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Richtlinie über die Nichtfinanzberichterstattung (NFRD) eingeleitet. Nach EU-Recht müssen Großunternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten Angaben zu den sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer Tätigkeit offenlegen.

Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident für eine Wirtschaft im Dienste der Menschen, sagte: „Unser Wandel zu einer kohlenstoffneutralen Wirtschaft bedeutet, dass die Menschen mehr Informationen von den Unternehmen benötigen, in die sie investieren. Beim heutigen Stand der Dinge gibt es derzeit eine Lücke in der Nachhaltigkeitsberichterstattung, die



Fortschritte auf dem Weg zu einem nachhaltigen Finanzsystem behindert. Wir begrüßen daher alle Ansichten darüber, wie diese Richtlinie verbessert werden kann.“

Die Konsultation wird Meinungen aus der gesamten EU zu verschiedenen möglichen Reformen oder Verbesserungen der Richtlinie sammeln. In der Mitteilung über den Europäischen Grünen Deal und dessen Investitionsplan hat sich die EU-Kommission verpflichtet, die NFRD im Jahr 2020 zu überprüfen. Um die Ziele des Europäischen Grünen Deals zu erreichen, sind zusätzliche Investitionen in allen Wirtschaftssektoren erforderlich, von denen der Großteil aus dem Privatsektor kommen muss.

Das Feedback aus der öffentlichen Konsultation wird in die Folgenabschätzung der Kommission zur Überprüfung der Richtlinie einfließen. Die Konsultation läuft bis zum 28. April 2020. • *lb Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Wirtschaftliche und soziale Lage in der EU: Mitgliedstaaten müssen Reformweg fortsetzen



© Europäische Kommission

Rekordwerte bei der Beschäftigung, weniger Ungleichgewichte innerhalb der EU und Reformfortschritte bei Finanzdienstleistungen und Arbeitsmarktpolitik – in diesen Bereichen machen die EU-Mitgliedstaaten Fortschritte. Mehr Anstrengungen sind dagegen nötig beim Abbau der Schulden, der Steigerung der Produktivität, Investitionen und Chancengleichheit. Das geht aus der am 26. Februar 2020 von der EU-Kommission vorgelegten jährlichen

Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Mitgliedstaaten („Winterpaket“) hervor. Dabei hat die EU-Kommission geprüft, wie die Mitgliedstaaten die länderspezifischen Empfehlungen vom vergangenen Jahr umsetzen. In dem Bericht bewertet sie auch die verbleibenden makroökonomischen Ungleichgewichte, die nach wie vor bei 12 Mitgliedstaaten bestehen, darunter auch Deutschland. Erstmals werden auch die Fortschritte bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele bewertet.

In den Länderberichten der Kommission werden die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen bewertet. Die Länderberichte zeigen, dass die 2019 angenommenen Empfehlungen in den Bereichen Finanzdienstleistungen und aktive Arbeitsmarktpolitik entschlossen umgesetzt wurden. In Bereichen wie dem Wettbewerb in der Dienstleistungsbranche und der Gewährleistung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen ist die Umsetzung der Reformen nach wie vor gering.

Die Länderberichte werden vom Rat erörtert. Die Kommission wird die Zusammenfassung der Ergebnisse der Länderberichte mit dem Europäischen Parlament beraten. In den kommenden Monaten wird die Kommission in engem Kontakt mit den Mitgliedstaaten stehen, um die Standpunkte der nationalen Parlamente, Regierungen, Sozialpartner und anderer Interessen-



träger zur Analyse und den Schlussfolgerungen der Länderberichte einzuholen. Im April unterbreiten die Mitgliedstaaten dann ihre nationalen Reformprogramme, in denen die Prioritäten bei den Strukturreformen erläutert sind, und ihre Stabilitätsprogramme (für Länder des Euro-Raums) bzw. Konvergenzprogramme (für Länder, die nicht dem Euro-Raum angehören) mit der jeweiligen mehrjährigen haushaltspolitischen Strategie. Die Kommission wird ihre Vorschläge für eine neue Runde länderspezifischer Empfehlungen im Frühjahr 2020 vorlegen. • *lb Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung der Vertretung der KOM in Deutschland](#)

[Pressemitteilung KOM zum Winterpaket](#)

[Europäisches Semester – Winterpaket: Fragen und Antworten](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

18th EUROPEAN WEEK of REGIONS and CITIES

12 - 15 OCTOBER 2020 | BRUSSELS

Auch in diesem Jahr findet wieder die Europäische Woche für Regionen und Städte vom 12. Oktober bis 15. Oktober 2020 statt.

Die Veranstaltung hat sich zu einer einzigartigen Kommunikations- und Netzwerkplattform entwickelt, die Regionen und Städte aus ganz Europa, einschließlich ihrer politischen Vertreter, Experten und Akademiker, zusammenbringt.

Im Jahr 2019 erreichte die #EURegionsWeek eine Rekordzahl von mehr als 9000 Teilnehmern und mehr als 330 Sitzungen, was die Relevanz und das Potenzial der Veranstaltung als Plattform für die politische Kommunikation in Bezug auf die Entwicklung der EU-Kohäsionspolitik zeigt. Außerdem schärft sie das Bewusstsein der Entscheidungsträger für die Tatsache, dass die Regionen und Städte in der EU-Politikgestaltung eine Rolle spielen.

Dieses Jahr sollen sich die Workshops der Europäischen Woche für Regionen und Städte mit den folgenden drei Themenbereichen auseinandersetzen:

- Green Europe
- Cohesion and Cooperation
- Empowering Citizens

Die Landesvertretung plant auch dieses Mal einen Workshop, gemeinsam mit einigen Partnerregionen Sachsen-Anhalts. Bis zum 27. März kann man sich für solch eine Regionalpartnerschaft bewerben. *ah*

Mehr Informationen hierzu gibt es unter: https://europa.eu/regions-and-cities/home_en



EU Green Week 2020 – 1.-5. Juni

Die Grüne Woche der EU wird den Schwerpunkt auf die Artenvielfalt legen und damit auf die Umweltkrise eingehen. Sie will zum dringenden Handeln aufrufen, mögliche Veränderungsoptionen untersuchen und überlegen, wie man mit verschiedenen EU-Richtlinien wie dem europäischen Grünen Deal zum Schutz, zur Wiederherstellung und zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Natur beitragen kann und wie man der Natur Raum geben kann, damit sie sich erholt und wieder aufatmet.

Das Programm der Grüne-Woche-Konferenz der EU in Brüssel beinhaltet mehrere Sitzungen zur Beurteilung der EU-Biodiversitätsstrategie für 2020. Man will sich über die neuesten Erkenntnisse der unterstützenden Evaluierungsstudie austauschen und allen Interessengruppen Gelegenheit geben, darauf zu reagieren, ihre Ansichten und Erfahrungen auszutauschen und die bisherigen Ergebnisse, Erfolgsfaktoren, Implementierungshürden und Zielfortschritte zu erörtern. Dieser Austausch soll dann in die Fertigstellung der unterstützenden Evaluierungsstudie einfließen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).





Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Teilnehmende für Studienreise in die Partnerregion Masowien gesucht

Zur Unterstützung der internationalen Zusammenarbeit von Vereinen, Verbänden und Gruppen aus Sachsen-Anhalt mit Organisationen in der Partnerregion Masowien in Polen findet vom 5. bis 9. April 2020 eine Studienreise nach Radom und Warschau statt.

Vor Ort werden Einrichtungen und Träger der internationalen Jugendarbeit besucht, um das Kennenlernen der Partnerregion sowie die Vernetzung verschiedenen Organisationen zu ermöglichen.

Beabsichtigt sind, die gemeinsame Umsetzung von

- internationalen Jugendbegegnungen,
- Fortbildungen für haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte,
- Freiwilligendienste

Die Studienreise wird von der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. in Kooperation mit der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Sachsen-Anhalt e.V. organisiert.

Weitere Informationen und Anmeldung: <https://agsa.de/1138-studienreise-nach-radom-und-warschau-region-masowien-polen-vom-5-9-april-2020.html>

Kontakt

Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V.
Schellingstraße 3-4
39104 Magdeburg

Verantwortlich: Linda Koch
E-Mail: linda.koch@agsa.de
Telefon: 0391 5371 220
Internet: www.agsa.de





Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt

Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungsge such Horizon 2020 Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Unternehmen aus den Bereichen Biotechnologien und Biosanierung gesucht Ein spanisches Technologiezentrum bereitet einen Projektvorschlag für einen H2020-Aufruf vor. Die vorgeschlagene Technologie konzentriert sich auf verschiedene Nanostrategien, die mit Bioremediationstechnologien kombiniert werden sollen, um verschiedene Schadstoffe (anorganische und/oder organische Schadstoffe) zu entfernen. Die entwickelten Technologien werden in einem Pilotprojekt durch die Analyse von 3-5 Tonnen kontaminierten Bodens getestet. Als Partner werden Unternehmen gesucht, die in den Bereichen Biotechnologien und Bioremediation arbeiten, sowie Experten für die Entfernung von Bodenschadstoffen. Der Partner soll die Effizienz der Technologien bewerten. Nähere Informationen finden Sie hier . Referenznummer: RDES20200220002
Technologieg esuch Niederlande	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Niederländischer Einzelhändler sucht nach neuen Methoden und Technologien zur Überwachung der Lebensmittelqualität Eine weltweit führende niederländische Einzelhandelsorganisation sucht nach neuen Methoden und Technologien, um die Überwachung und Kontrolle der Qualität von



		<p>Obst und Gemüse im Supermarkt zu verbessern. Das Unternehmen sucht nach Partnern, die die Anwendungen im Rahmen einer technischen Kooperationsvereinbarung entwickeln. Diese Anfrage bezieht sich auf eine Innovationsherausforderung, die auf einer offenen Plattform veröffentlicht wird.</p> <p>Expertise in den folgenden Bereichen kann zu dieser Herausforderung beitragen: Computer Vision, Sensorik, Prozesstechnologie, Überwachungssoftware, Lichttechnologie, Kühltechnologien und andere Technologien, die helfen können, den Verlust von Produkten im Laden zu reduzieren. Geplant ist die gemeinsame Entwicklung einer neuen Methode zur Qualitätskontrolle durch Benutzer und Mitarbeiter.</p> <p>Nähere Informationen finden Sie hier. Referenznummer: TRNL20200204001</p>
Technologiegesuch Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Ein spanisches Erdgasunternehmen sucht innovative Technologien im Bereich der Energiewende Spaniens führende Erdgastransportgesellschaft und technischer Leiter des spanischen Gassystems sucht nach innovativen Technologien im Bereich der Energieumwandlung mit besonderem Schwerpunkt auf erneuerbaren Gasen (Biogas und Wasserstoff), nachhaltiger Mobilität, Energieeffizienz und Industrie 4.0. Ziel ist es, die Zusammenarbeit im Rahmen eines Abkommens über technische Zusammenarbeit zu erfüllen. Diese Technologieanfrage ist eine Innovationsherausforderung und wird bis zum 22. März veröffentlicht. Partner können Unternehmen, Start-ups, KMUs und Institute sein, die Lösungen anbieten, um die Energiewende voranzutreiben. Die innovative Lösung soll skaliert und auf den Markt gebracht werden. Nähere Informationen finden Sie hier . Referenznummer: TRES20200212001



<p>Geschäftliches Gesuch</p> <p>Polen</p>	<p>Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt</p> <p>Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de</p>	<p>Polnisches Unternehmen sucht Hersteller und Verreiber von Automobil-, Elektronik- und Industrieprodukten</p> <p>Ein polnisches Unternehmen, das als Agent und Vertreter für verschiedene Marktsektoren arbeitet, bietet ausländischen Unternehmen, die am Eintritt in den polnischen Markt interessiert sind, Handelsvermittlungsdienste über eine Handelsvertretung oder Vertriebsdienstleistungen in Form von Verträgen an. Gesucht werden Hersteller und Verreiber von Autoersatzteilen, Autochemikalien, Autozubehör, Industrieelektronik, Maschinen und Ausrüstungen für die Produktion. Die Firma sucht zuverlässige und erfahrene Partner im internationalen Handel aus ganz Europa und bevorzugt eine langfristige Zusammenarbeit.</p> <p>Nähere Informationen finden Sie hier. Referenznummer: BRPL20200211001</p>
<p>Forschungs- gesuch</p>	<p>Institute of Research for Ceramics (IRCER)</p> <p>pierre- marie.geffroy@unilim.fr</p>	<p>Call Title: HT proton conducting ceramic materials for highly efficient and flexible operation</p> <p>We are working on the development of new proton conductive materials for pressurized electrolysis cells. If the use of high pressure during the electrolysis of water reduces the production costs of hydrogen, it also induces strong constraints on the materials. Unfortunately, the best current proton conducting materials, most often containing barium, are known not to withstand high water pressures. We have identified several materials which exhibit significant proton conduction with very resistant to high water pressures. These materials are likely to exhibit improved proton conduction under pressures. Our potential contribution to the project would be the shaping of complex ceramic systems, Materials characterisations of protonic, anionic, and electronic conduction as well as Electrochemical characterisations of protonic or anionic</p>



		exchange kinetics at the surface of electrode materials. Nähere Informationen finden Sie hier .
Forschungs- gesuch	Centre for Technology Transfer in Ceramics (CTTC) Elodie Pereira e.pereira@cttc.fr Laurence Boyer l.boyer@cttc.fr	HT proton conducting ceramic materials for highly efficient and flexible operation CTTC is a French RTO and a non-profit association. The centre is labelled by the French Ministry of Research and Innovation, as a competence centre in ceramics. We could contribute in this project as a partner with our expertise and know-how in the field of shaping processes of ceramics, scale-up and industrialization. Furthermore, CTTC could provide some technologies considering the required film thickness and porosity of the stack. CTTC has a very strong experience in tape casting, in direct writing processes (Aerosol Jet printing and microdispensing) and in the innovant technology: « Aerosol Deposition Method (ADM) ». Nähere Informationen finden Sie hier .

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



Tipp

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

19

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Diesen Samstag ist es soweit- nach vier Jahren gibt es in diesem Jahr wieder den 29. Februar. Doch warum gibt es überhaupt Schaltjahre? Und was ist, wenn man an einem 29. Februar geboren wurde?

1. Alle vier Jahre wird das Jahr von 365 auf 366 Tage verlängert. Warum wurden 1582 die sogenannten Schaltregeln aufgestellt, die bis heute gelten?

- A) Um ein erneutes Auseinanderlaufen von Sonnen- und Kalenderjahr zu verhindern.
- B) Um einen zusätzlichen Arbeitstag zu schaffen.
- C) Um einer biblischen Prophezeiung nachzugehen.

2. Das gregorianische Kalendersystem gilt bis heute in der gesamten EU. Welches der folgenden Vorgängerländer heutiger EU-Mitgliedsstaaten führte den gregorianischen Kalender zuletzt ein?

- A) Königreich Schweden
- B) Königreich Griechenland
- C) Königreich Ungarn

3. Vor allem die an einem 29. Februar Geborenen können sich diese Woche auf ihren richtigen Geburtstag freuen. Welche Aussage(n) über diese besonderen Geburtstagskinder sind wahr?

- A) Sie können sich in Nicht-Schaltjahren aussuchen, ob sie am 28. Februar oder am 01. März ihren Geburtstag feiern.



B) In Deutschland gibt es etwa 55.000 von ihnen.

C) Rechtlich gesehen haben sie am 28. Februar Geburtstag, mit Ausnahme der Schaltjahre.

Lösung:

1. A) 1582 wurde der gregorianische Kalender als Reform des bisher gültigen julianischen Kalenders eingeführt. Die Schaltjahre gab es auch schon im julianischen Kalendersystem. Jedoch war das julianische Jahr gegenüber dem Sonnenjahr gut 11 Minuten zu lang, sodass Sonnen- und Kalenderjahr nicht übereinstimmten. Der Frühlingsanfang (Tag und Nacht sind an diesem Tag etwa gleich lang) verschob sich aus diesem Grund alle 128 Jahre um einen Tag nach vorn. Daher wurden auf Anordnung von Papst Gregor XIII. 1582 10 Kalendertage ausgelassen – auf den 04. Oktober 1582 folgte der 15. Oktober 1582. Um ein erneutes Auseinanderdriften beider Kalender zu verhindern, wurden die Schaltregeln aufgestellt. Diese besagen, dass die durch 4 ganzzahlig teilbaren Jahre Schaltjahre sind (z.B. 1904, 1996, 2020). Ausnahmen sind jedoch die sogenannten Säkularjahre (z.B. 1700, 1800, 1900), also jene Jahre, die restlos durch 100 teilbar sind. Sie sind keine Schaltjahre. Ausnahme davon sind wiederum alle Säkularjahre, die ganzzahlig durch 400 teilbar sind. Demnach war beispielsweise das Jahr 2000 ein Schaltjahr.

2. B) Der gregorianische Kalender wurde 1582 im Heiligen Römischen Reich eingeführt. Nach und nach übernahmen auch andere Länder dieses Kalendersystem. Das Königreich Ungarn führte ihn beispielsweise 1587 ein, das Königreich Schweden 1753. Erst 1923 wurde im orthodox geprägten Königreich Griechenland der gregorianische Kalender eingeführt.

3. A); C) In Deutschland feiern dieses Jahr schätzungsweise 55.000 Personen am 29. Februar ihren Geburtstag, weltweit sind es rund 4,8 Millionen. Wann diese ihren Ehrentag in Nicht-Schaltjahren (Gemeinjahren) feiern, ist den Geburtstagskindern selbst überlassen. Sowohl der 28. Februar als auch der 01. März ist möglich. Jedoch haben am 29. Februar geborene Personen gesetzlich gesehen erst nach Ablauf des 28. Februars Geburtstag – in Gemeinjahren somit erst am 01. März. Dies ist beispielsweise beim Eintritt der Volljährigkeit relevant.

Über aktuelle europäische Themen informiert Sie das Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt / Halle. Bei Fragen wenden Sie sich gern unter info@europedirect-halle.de an uns.





Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Antos (SIA)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Antonieta Hofmann (AH)	Kultur, Bildung, ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...38	E-Mail
N.N.	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Martina Denck (MD)	Hospitantin	...34	E-Mail
Sophia Neumann (SN)	Praktikantin	...14	E-Mail
Luise Böttcher (LB)	Praktikantin	...22	E-Mail
Katrina Glogger (KG)	Rechtsreferendarin	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Antonietta Hofmann

Fotos

Antonietta Hofmann, sofern nicht anders
angegeben oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

